

Meinhard arbeitet an Digitalisierung

Umstellung soll Mehrwert für Bürger und Mitarbeiter bringen

VON STEFANIE SALZMANN



Ende der Abhol- und Aufrufnummer: Bis 2022 müssen Kommunen ihren Bürgern theoretisch 538 Verwaltungsdienstleistungen online zur Verfügung stellen. Foto: Wolfgang Kumm/dpa

Meinhard – Lästige und zeitraubende Gänge zu Behörden sollen ab Ende 2022 größtenteils der Vergangenheit angehören. Das sieht das sogenannte Onlinzugangsgesetz (OZG) vor. Statt einen wertvollen Urlaubstag auf Ämtern zu versitzen, müssen öffentliche Verwaltungen den Bürgern rein theoretisch 538 Verwaltungsdienstleistungen online zur Verfügung stellen.

Wie eine digitalisierte Verwaltung aussehen kann, welchen Mehrwert sie für Bürger, aber auch für die Mitarbeiter der Verwaltungen bringen kann, erläuterte Jörg Emde, Kommunalberater des Dienstleisters Ekom21, kürzlich den Meinharder Gemeindevertretern.

Im Fall einer kleinen Kommune wie Meinhard ginge es statt um 538 nur um rund 25 Dienstleistungen, die den Bürgern künftig als Online-Service zur Verfügung stehen sollen. Als Beispiel nannte er eine Geburtsanzeige, die online aufgegeben wird: In der Verwaltung werden die Daten automatisch im Einwohnermeldeamt erfasst und erst dann greift wieder ein Mensch in den Verwaltungsakt ein – dieser tütet die ausgedruckte Geburtsurkunde ein und verschickt sie. Auch Formulare wie beispielsweise ein Wahlscheinantrag, sollen nicht nur als PDF-Dokument auf den Websites der Kommunen

zum Download bereitstehen, sondern online auch ausgefüllt werden können und sofort in automatisierte Verwaltungskreisläufe zurückgehen.

Das sei nicht nur Service für den Bürger, der sich den Gang ins Rathaus sparen kann, so Emde, sondern setze auch notwendige Ressourcen beim Verwaltungspersonal frei. „Verwaltungen sollen effizienter arbeiten, die Mitarbeiter mehr Zeit für wichtige Dinge haben“, sagt Emde. „Dinge, wo man Gedankenschmalz und geistige Arbeit braucht.“

Fest steht, dass eine komplette Umstellung auch bei kleinen Kommunen Jahre in Anspruch nehmen wird und auch Geld kostet.

Meinhard hat gerade sein Rechnungswesen digitalisiert – gekostet hat das 46 000 Euro. Der Mehrwert sei vom ersten Tag an zu erkennen gewesen, so Meinhard's Bürgermeister Gerhold Brill. Die Einführung der elektronischen Akte würde 25 000 Euro kosten, die Digitalisierung des Standesamtes 1000 Euro.

Das Land Hessen übernimmt für die Gemeinden über Ekom21 die Beratung und Analyse ihrer Verwaltung und finanziert den Digitalisierungsprozess für fünf Jahre – allerdings nur bis zur Rathaustür.